

Mythos Nr. 5: Die USA waren nie bereit, das US-Embargo zu lockern oder aufzuheben.

Falsch! Bereits während der James Carter Regierung in den 1970er Jahren, gab es Geheimgespräche und eine Annäherung zwischen Kuba und die USA. Dabei wurde über die Beteiligung Kubas in Militärkonflikten verhandelt. Beispiele sind der blutige Stellvertreterkrieg in Angola, Nicaraguas Contra-Krieg sowie der brutale Bürgerkrieg in El Salvador, alle mit hunderttausenden Opfer. Hierzu der Rückblick von Fidel Castro in November 1994, in dem er die Prinzipientreue seiner politischen Führung gegen das Wohlergehen des eigenen Volkes stellte: *„Als wir den mittelamerikanischen Revolutionären halfen, sagten die Amerikaner, sie würden die Blockade aufheben, wenn wir ihnen nicht mehr helfen würden, und so etwas kam uns nie in den Sinn. Zu anderen Zeiten sprachen sie von ihrer Bereitschaft, die Blockade aufzuheben, wenn wir die Hilfe für Angola und andere afrikanische Länder einstellen würden, und der Gedanke, unsere Beziehungen zu anderen Ländern zu verhandeln, kam uns nie in den Sinn. Unter anderen Umständen sagten sie, sie würden die Blockade aufheben, wenn wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen würden, und so etwas kam uns nie in den Sinn, denn wir sind keine Partei oder politische Führung, die mit Prinzipien verhandelt. Zu diesem Preis würde die Blockade nie aufhören zu existieren, denn das ist ein Preis, den wir nicht zu zahlen bereit sind.“*



Präsident Obama mit kubanischen Dissidenten in März 2016 darunter: Jose Daniel Ferrer, heute politischer Gefangener in Isolationshaft; Berta Soler verfolgte „Dame in Weiss“; Guillermo Fariñas, Miriam Celaya, Manuel Cuesta alle mit auferlegten Ausreiseverboten, sowie Laritza Diversent, ins Exil genötigt. Bild: ©Salinas VOA

US-Präsident Barack Obama sagte in seiner historischen Rede am 20. März 2016 in Havanna: *„As President of the United States, I've called on our Congress to lift the embargo. It is an outdated burden on the Cuban people. It's a burden on the Americans who want to work and do business or invest here in Cuba. It's time to lift the embargo.“*

Mythos Nr. 6: Das US-Embargo sorgt für die wirtschaftliche Isolation Kubas.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde, mit demokratischen Mehrheitsabstimmungen des US-Kongresses, das Embargo verstärkt. Zuerst 1992 durch das Demokratiegelgesetz ("Torricelli-Gesetz") und 1996 durch das Freiheits- und Demokratie-Solidaritätsgesetz (Helms-Burton-Gesetz). Nun konkretisierten die US-Volksvertreter den Zweck zur Aufrechterhaltung des US-Embargos ohne die antikommunistische Rhetorik des Kalten Krieges: Die Embargo-Maßnahmen gelten nur für US-Amerikaner, die mit geraubten US-Eigentum in Kuba Geschäfte machen wollen. Das Embargo soll ebenfalls die US-Bürger vor der willkürlichen Verletzung ihrer Rechte in Kuba solange schützen, bis das Land sich in Richtung Demokratie und Achtung der Menschenrechte bewegt. Dabei geht es nicht darum, das kubanischen Volk zu bestrafen. Präsident George W. Bush sagte in einer Rede in Oktober 2007 in Washington: *„Die Vereinigten Staaten wissen, wie sehr das kubanische Volk leidet - und wir sind nicht untätig geblieben. ... Wir haben Privatpersonen und Organisationen ermächtigt, Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter zu liefern, die sich allein im letzten Jahr auf mehr als 270 Millionen Dollar beliefen.“* Im Jahr 2007 waren die USA der größte Nahrungsmittellieferant Kubas, und fünftgrößter Handelspartner. Kuba, seit 1995 WTO-Mitglied, hat weltweiten Marktzugang. Die Exporte von NAFTA-Mitglied Kanada nach Kuba beliefen sich im Jahr 2021 auf 226,68 Millionen US-Dollar und Mexikos Exporte zählten 161 Millionen Dollar. Die Ausfuhren der Europäischen Union nach Kuba beliefen sich im Jahr 2021 auf 1,56 Milliarden US-Dollar. Die Ausfuhren Chinas nach Kuba beliefen sich im Jahr 2021 auf 575,87 Millionen US-Dollar, wie aus der COMTRADE-Datenbank der UN zum internationalen Handel hervorgeht. Millionen Touristen haben Kuba den letzten Jahren besucht. Dabei haben sie das US-Embargo viel weniger wahrgenommen, als den Mangel an Freiheit der kubanischen Bevölkerung.



Straßenprotest am 11. Juli 2021 in Havanna Bild: ©Fernández Cuenca/DDC

Mythen über das US-Embargo gegen die Regierung Kubas entkräften



Design: CM Calderón/MGCDesignsCreations

Es gibt ausreichend Anhaltspunkte dafür, dass die propagandistische Darstellung der „US-Blockade“ gegen Kuba eine Opferstrategie ist, die vom eigentlichen Problem ablenken soll: Die seit 64 Jahren bestehende Diktatur der kommunistischen Partei Kubas (PCC), die die Menschenrechte des kubanischen Volkes systematisch missachtet und die staatlich kontrollierte Wirtschaft mit strategischen Fehlplanungen, Bürokratie, Korruption, Willkür und Überschuldung zum Erliegen gebracht hat.

Mythos Nr. 1: Die „US-Blockade“ ist ein Mittel zum Wirtschaftskrieg gegen Kuba.

Falsch, es gibt keine Blockade gegen Kuba! Der Begriff Blockade kommt aus dem Kriegsrecht, dabei versucht eine Kriegspartei mit militärischen Mitteln den Zugang sämtlicher Güter für die gegnerische Kriegspartei zu verhindern. Die USA und Kuba sind keine Kriegsparteien. Ganz im Gegenteil; zwischen Kuba und den USA bestehen diplomatische Beziehungen und diverse Kooperationsabkommen u.a. zur Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Schiffsverkehr und Telekommunikationen mit regelmäßigen Experten- und Verhandlungsrunden. Hunderttausende kubanische Bürger und US-Kubanische-Doppelstaatler pendeln jährlich in Linienflügen zwischen den USA und Kuba und bringen ihren Familien Bargeld, Konsumgüter, Lebensmitteln und Medizin. Tausende US-Bürger darunter Touristen, Akademiker, Studenten und sogar Kongressabgeordnete besuchen mit Genehmigung der US-Behörden Jahr für Jahr Kuba. Gemäß Migrationsabkommen laufen regelmäßig Schiffe der US-Küstenwache kubanische Hafen an, um aufgegriffene Bootsflüchtlingen nach Kuba zurückzubringen.

Mythos Nr. 2: Das US-Embargo wurde verhängt, um die „Guerilleros“ von Fidel Castro zu bestrafen, die für den Sturz vom US-freundlichen Diktator Fulgencio Batista verantwortlich waren.

Falsch! Bereits mit dem Militärputsch von 1952 fiel der Diktator Batista bei der US-Regierung in Ungnade. Am 24. März 1952 bedauerte Außenminister Dean Acheson in einem Memorandum an Präsident Harry S. Truman die Art und Weise, wie der Batista-Putsch zustande kam. Mit dem Voranschreiten von Castros Guerilla-Offensive wurde der Diktator Batista letztendlich fallen gelassen: Die US-Regierung verhängte im März 1958 ein Embargo für militärisches Material und alle Arten von Kampfaffen gegen das Batista-Regime. Am 11. Dezember 1958 teilte der US-Botschafter Earl Smith Batista mit, dass die Vereinigten Staaten sein Regime nicht länger unterstützen werden. Die US-Regierung von Dwight D. Eisenhower hoffte mit dem Guerilla-Krieg, angeführt von Fidel Castro, auf die Wiedereinführung der Mehrparteiendemokratie mit Gewaltenteilung, gemäß der Verfassung von 1940. Dies hatte Castro 1953 in seiner berühmten Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ und in seinem Guerilla-Manifest von 1957 bei einem Sieg über Batista versprochen. Dieses Versprechen brach Fidel Castro unmittelbar nach seinem Sieg in Februar 1959, indem er das Grundgesetz von 1959 erließ. Damit schaffte Castro bis heute die Demokratie und Gewaltenteilung in Kuba ab. Das veranlasste vielen seiner Mitstreiter sich von der Revolution unter der Führung von Fidel Castro abzuwenden. Siehe dazu beispielhaft die Biografien von Huber Matos, Felipe Pazos oder Eloy Gutiérrez Menoyo.



Castro mit dem damaligen US-Vizepräsidenten Richard Nixon im April 1959
©APA/AFP

Mythos Nr. 3: Das US-Embargo wurde verhängt, weil Kuba sozialistisch wurde und sich auf die Seite der UdSSR stellte.

So einfach ist das nicht! Der sozialistische Charakter der kubanischen Revolution wurde erst am 16. April 1961 erklärt. In Kuba waren die ersten Revolutionsmonate von den vielen globalen Konflikten um die Vorherrschaft während des Kalten Krieges geprägt. Den revolutionären außergerichtlichen Erschießungskommandos, die vielen ehemals Batista-Getreuen und „Kontrarevolutionären“ das Leben nahmen; sowie erste Bestrebungen Castros, seine Revolution nach Lateinamerika zu exportieren, standen erste CIA-Geheimaktionen zur Destabilisierung der neuen Castro-Regierung gegenüber, was die Beziehungen beider Länder verschlechterte. Der politische Diskurs des 1959 frisch eingesetzten Premiers Fidel Castro war anfangs zweideutig. Dies obwohl, seine marxistische Neigung und seine seit 1956 Kontakten zu Sowjet-KGB-Agenten, wie Nikolai Leonov, bekannt waren. Nach einer kurzen ersten Arbeitseise nach Venezuela, folgte die zweite offizielle Auslandsreise des 32-jährigen Castros in die USA, wo er in April 1959 in einer Rede vor Journalisten Folgendes sagte: *"Das kubanische Volk weiß, dass die revolutionäre Regierung nicht kommunistisch ist"*. Drei Tage später war Castro bei Vizepräsident Richard Nixon in Washington zu Gast. In dem Gespräch ging es u.a. über Kommunismus und Castros Regierungsvorhaben, dabei vermied Fidel Castro stets nach Finanzhilfen zu fragen. Das erste große politische Vorhaben war die Agrarreform von 1959 (siehe Mythos Nr.4). Allerdings stellte Castro fest, dass auch mit der Einhaltung des seit 1948 mit den USA bestehenden Zuckerabkommens, die Finanzlage Kubas nicht besser sein würde. So waren das vom Sowjetminister Anastas Mikojan vermittelte erste Handelsabkommen zum Tausch von kubanischem Zucker gegen sowjetisches Öl und die Vergabe eines Millionenkredits die willkommene Alternative zum Zuckerexport an die USA. Die erste Handelsmaßnahme gegen die Castro-Regierung traf Dwight D. Eisenhower in Juni 1960 mit der Kürzung der Abnahmequote von kubanischem Zucker um 700.000 Tonnen. Dies war die Reaktion zum Vertragsbruch Fidel Castros. Die Abnahme des Zuckers übernahm dann die UdSSR, was die Annäherung Kubas zum Sowjet-Block beschleunigte. Dabei sollte es nicht unerwähnt bleiben, dass zwischen 1960 und 1990 Kuba von der Sowjetunion mehr als 65 Milliarden Dollar an Subventionen, Zuschüsse und Kredite erhielt, was das 5-fache des Marshallplans entsprach.

Mythos Nr. 4: Das US-Embargo ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte des kubanischen Volkes.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 in Art. 17 besagt: *1. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben. 2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.* Am 17.05.1959 trat in Kuba die erste Agrarreform in Kraft, bei der viele US-Bürgern und US-Kapitalgesellschaften enteignet wurden. Die versprochene Entschädigung sollte in Form von Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einer jährlichen Verzinsung von 4,5 % erfolgen, was die US-Regierung als völkerrechtlich legitim anerkannte. Nachdem die Castro Regierung den Handel mit der Sowjetunion zulasten der Handelsverpflichtungen gegenüber den USA ausbaute, und keine einzige der versprochenen Anleihen jemals emittiert wurde, bescheinigte die US-Regierung die Agrarreform als Raub von US-Eigentum. Der Reaktion der USA mit der Kürzung der Zuckerquote, folgte die von Castro-Regierung dann angestoßene entschädigungslose Verstaatlichung sämtlichen US-Eigentums in Kuba: Raffinerien, Eisenbahnen, Banken und Bankguthaben von US-Bürgern, Zuckerfabriken, Manufakturen und Immobilien im US-Besitz. Auch kubanische Unternehmer und die Mittelschicht wurden Opfer der Massenenteignungen. Mit der Urbanreform vom 14. Oktober 1960 mussten Hunderttausende ihre Privatimmobilien an den Staat und ihre Mieter per Dekret übergeben. Zum Amtsantritt von J.F. Kennedy eskalierte der Konflikt zwischen Kuba und die USA: Bruch der diplomatischen Beziehungen und die Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht. Ermächtigt durch die US-Volksvertreter, mit dem *Foreign Assistance Act, Sektion 620(a)* von 1961, verhängte Präsident Kennedy am 3. Februar 1962 das Handelsembargo gegen Kuba. Der Höhepunkt wurde mit der Kuba-Krise von Oktober 1962 erreicht, bei der Kennedy in der Tat für wenige Tage eine Seeblockade gegen Kuba verhängte. Unter der in Februar 1963 gegründeten Vereinigten Partei der Kubanischen Sozialistischen Revolution, später PCC, ging der Verstaatlichungsrausch weiter. Mit der zweiten Agrarreform wurden auch kleinere Bauern enteignet und andere dazu gezwungen, sich in Kolchosen, zu kollektivieren. Der Gipfel wurde mit der „Revolutionären Offensive“ von 1968 erreicht, bei der sämtliche Einzelunternehmer ihre Betriebe und ihr Menschenrecht auf Eigentum an den kommunistischen Staat verloren.